Stadtrat
Karl-Heinz Obser
DSU

PRESSEERKLÄRUNG

Die Entscheidung zur Wiedererrichtung des Marx – Propagandareliefs im öffentlichen Raum der Stadt Leipzig – eine offene Brüskierung der Vermächtnisse des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in unserer Stadt durch Staatsregierung, Oberbürgermeister und Universität!
Dieser nach Auffassung der DSU unerhörte Akt der Ignoranz gegenüber dem erklärten Willen eines Großteils der Leipziger Bürgerschaft hat ein Gesicht – nämlich das erbärmliche politische Versagen der Regierungsvertreter von CDU und SPD im Freistaat, einschließlich der Landtagsabgeordneten dieser Parteien, die offensichtlich mit ihrem Wählerauftrag nichts anzufangen wissen!

Zur Entscheidung von Wissenschaftsministerin Stange, Leipzigs Oberbürgermeister Jung und Universitätsrektor Häuser am vergangenen Donnerstag, das politisch umstrittene SED – Propaganda-Relief „ Aufbruch " trotz massiver Bevölkerungsproteste im öffentlichen Raum dieser Stadt repräsentativ und die vergangene Diktatur vor aller Weltöffentlichkeit letztlich beschönigend auf dem Sportcampus der Universität wieder aufzustellen, erklärt die Leipziger DSU durch ihren Stadtrat Folgendes:

1. Die politischen Repräsentanten von CDU und SPD im Freistaat müssen sich bescheinigen lassen, die Chance des Wiederaufbaues der vom SED-Regime im Mai 1968 gesprengten Universitätskirche St. Pauli vertan zu haben – jeder auf seine Weise: Durch politische Kapitulation einerseits und durch ungenierte Verhinderungspolitik andererseits. Statt dessen drängen beide Parteien hinter den Freistaats-Kulissen agierend, den Leipzigern den Wiederaufbau des Marx- Propagandareliefs auf! Die Botschaft dieser Parteienvertreter an die Leipziger Öffentlichkeit lautet offensichtlich: Nein zur Uni-Kirche, Ja zu Marx! Damit werden die Botschaften des 17. Juni 1953 und des Herbstes 1989 allerdings auf den Kopf gestellt!

2. Angesichts der „ kollektiven" Entscheidung zum Wiederaufstellen des Propaganda- Kunstwerkes „ Aufbruch" (Wohin?) erscheint die gegenwärtige, öffentlich durchaus leidenschaftlich geführte Diskussion in Leipzig zu Erinnerungsstelen, Straßen- und Platzumbenennungen an Orten der Friedlichen Revolution, gar zu Freiheitsdenkmälern zur Lebenslüge dieser Stadt zu verkommen!

3. Noch ist die Bürgerstadt Leipzig nicht verloren! Die Leipziger DSU regt deshalb an, die Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni 1953 und Herbst 1989 vor der manifestierten Schande von SED-Diktatur und aktueller Politik nächstens in der Jahnallee durchzuführen und lädt die Leipziger ein, „Gesicht zu zeigen"!

Leipzig, 4. März 2008

Karl-Heinz Obser

CDU – FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE:
Martin-Luther-Ring 4-6 – 04109 Leipzig
Tel. 0341 – 123 21 20 – Fax 0341 – 123 21 25
eMail: info@cdu-fraktion-leipzig.de

PRIVATANSCHRIFT:
Selliner Straße 12 – 04207 Leipzig
Tel./Fax 0341 - 942 10 43
eMail: khobser@primacom.net